

Krieg in den Köpfen und auf dem So

Am 12. Februar 2019 wurden in Loikaw, der Hauptstadt des Kayah-Staates*, des kleinsten der Union von Myanmar, bei einem Polizeieinsatz 20 Demonstrantinnen und Demonstranten verletzt. Die mehr als 3000 überwiegend jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten gegen die Aufstellung einer vergoldeten Statue des Unabhängigkeitshelden Aung San in der Stadt protestiert.

/ Hans-Bernd Zöllner /

Für ihre Demonstration hatten die jungen Leute den staatlichen Feiertag gewählt, der an die 1947 erfolgte Unterzeichnung eines Abkommens erinnert, mit dem der Weg für die Unabhängigkeit Birmas geebnet wurde und der den Namen «Unionstag» trägt. Kern der Vereinbarung, die «Panglong-Abkommen» heisst, benannt nach dem kleinen Ort im Schan-Staat, an dem sie zustande gekommen ist, war die Absicht, dass die unterschiedlichen in der britischen Kolonie Birma lebenden ethnischen Gruppen die Unabhängigkeit von der Kolonialmacht gemeinsam erreichen wollten.

Ein Tag der Zwietracht

Der Konflikt um die Aufstellung der Statue illustriert, dass das damals angestrebte Ziel immer noch nicht erreicht ist. «Lokale Ethnien haben nicht das Recht, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen», so formulierten es Unterstützer des Protestes. Sie würden daran gehindert, ihre «wahre Geschichte» zu enthüllen. Das richtete sich auch gegen die Tochter des Nationalhelden, Aung San Suu Kyi, die nach einem fulminanten Wahlsieg ihrer Partei im November 2015 jetzt die

* Der aus der Kolonialzeit geläufige Name lautet «Karenni». Im Folgenden werden die birmanischen Bezeichnungen verwendet, während die älteren Bezeichnungen in Klammern gesetzt sind. 1989 erliess die Regierung eine Sprachregelung, in der die birmanischen Bezeichnungen auch in englischsprachigen Verlautbarungen Verwendung finden sollten. Danach sollte das ganze Land «Myanmar» genannt werden, während «Birma» und seine Ableitungen die grösste ethnische Gruppe im Lande bezeichnen. Hier wird für das Land bis zum Jahr 1989 die im Westen geläufige Bezeichnung verwendet, danach wird es «Myanmar» genannt.

Geschichte der «Republik der Union von Myanmar» lenkt, wie der Staat seit der Verabschiedung der Verfassung von 2008 heisst. Die in sie gesetzten Hoffnungen hätten sich nicht erfüllt.

Die Frauenorganisation der Kayin (Karen), einer sehr viel grösseren ethnischen Minderheit als die der Kayah, kommentierte den Vorfall mit den Worten, dass die jahrzehntelange «Birmanisierung» des Landes ein Ende finden müsse. Aung San war Angehöriger der grössten ethnischen Gruppe des Landes und hatte als Einziger dieser Volksgruppe seine Unterschrift unter das Dokument gesetzt, das ausser ihm noch 22 Vertreter aus drei anderen ethnischen Gruppen unterzeichneten.

Der «Unionstag», mit dem die Einheit der verschiedenen Volksgruppen gefeiert und gefestigt werden soll, ist also bis heute ein Tag der Zwietracht. Es gibt einen Krieg in den Köpfen über die richtige Umsetzung des 1947 Vereinbarten, der sich in Protesten von Zivilpersonen äussert. Gleichzeitig dauert der militärische Kampf gegen die Zentralregierung des Staates an, der fast zeitgleich im Jahr 1948 erlangten Unabhängigkeit des Landes.

Das Unabhängigkeitssyndrom

Wikipedia benennt heute acht Gruppierungen, die aktiv gegen die Tatmadaw, die von Birmanen geführte Armee des Staates, kämpfen. Die grösste und am besten organisierte, die im Norden Myanmars beheimatete Kachin Independence Army, besteht aus schätzungsweise 10'000 bis 15'000 Kämpfern. Weiter werden 17 Gruppen benannt, die mit der Regierung Waffenstillstandsabkommen vereinbart haben, aber noch keinen Friedensvertrag. Die Komplexität und Brisanz der Situation verdeutlicht noch ein weiterer Fakt: Heute wird Myanmar offiziell von 135 Ethnien bewohnt. Bei der Volkszählung von 2014 mussten sich die Befragten für eine davon entscheiden. Das Ergebnis dieses Teil des Census ist bisher aber noch nicht veröffentlicht worden.

Ethnizität ist in Myanmar ein sehr heisses Eisen, das im Verlauf der Kolonialzeit zu glühen begann. Das soll im Folgenden an einigen Beispielen erläu-

tert werden: VertreterInnen der Kayah gehörten nicht zu den UnterzeichnerInnen des Abkommens von 1947. Sie waren eingeladen worden, hatten aber eine Teilnahme mit dem Hinweis abgelehnt, der Staat sei seit jeher unabhängig. Sie beriefen sich dabei auf ein Abkommen zwischen Grossbritannien und dem vorletzten birmanischen König aus dem Jahr 1875, das dem von drei Fürsten regierten Gebiet – etwa doppelt so gross wie der Kanton Bern mit damals etwa 60'000 EinwohnerInnen – den Status zuerkannte, weder dem einen noch dem anderen Reich anzugehören.

Die erste Verfassung Birmas vom September 1947 räumte dem kleinen Staat wie dem benachbarten und sehr viel grösseren Schan-Staat das Recht ein, die Union nach zehn Jahren wieder zu verlassen. Diese Klausel wurde hinfällig, als die Verfassung im März 1962 durch einen Militärputsch ausser Kraft gesetzt wurde. Vorangegangen waren Beratungen über den brisanten Verfassungsartikel. Der Anspruch auf Unabhängigkeit blieb erhalten und verstärkte sich danach in vielen Volksgruppen. Seitdem ist etwa ein Drittel der Bevölkerung Myanmars der Überzeugung, dass sie mit der Gründung des Staates Birma die Unabhängigkeit verloren haben und in die Union von Birma hineingezwungen wurden.



chlachtfeld

Auf der Suche nach dem verlorenen Geist von Panglong

Gegen Aung San hätten sie nichts, sagten die Protestler im Kayah-Staat. Das Problem sei nur, wie seine NachfolgerInnen – einschliesslich der Tochter des Generals – mit seinem Erbe umgingen. Das Standbild ohne Zustimmung der einheimischen Bevölkerung aufzustellen, sei Zeichen des birmanischen Hegemoniestrebens und käme einer zweiten Ermordung des Staatsgründers gleich. Die Ermordung, auf die hier angespielt wird, ereignete sich gut fünf Monate nach dem Abschluss des Abkommens und ein halbes Jahr vor der von Aung San im Januar 1947 in London ausgehandelten Unabhängigkeit Birmas.

Das Idol der birmanischen Bevölkerung, zum Zeitpunkt seines Todes gerade 32 Jahre alt, hatte als Führer einer von den Japanern ausgebildeten Armee geholfen, die Briten aus Birma zu vertreiben und dann kurz vor Kriegsende mithilfe der Alliierten die ehemaligen Verbündeten aus dem Land zu jagen. Danach hatte er die Uniform ausgezogen und war politischer Führer einer Sammlungsbewegung geworden, deren vorrangiges Ziel es war, so schnell wie möglich die Unabhängigkeit zu erreichen. Dazu war es nötig, die an den Rändern der Tiefebene lebende Bevöl-



kerung mit ins Boot zu holen. Das Abkommen kam letztlich nur zustande, weil die Mitunterzeichner darauf vertrauten, dass Aung San dafür die im Text nur vage formulierten Versprechungen eines gleichberechtigten Miteinanders auch umsetzen würde.

Das gegenseitige Misstrauen blieb

Mit Aung Sans Tod starb aber dann auch das Abkommen. Es konnte von allen Seiten vollkommen unterschiedlich interpretiert werden, und das geschah auch. Die Bevölkerung Birmas sah es als unabänderliche Grundlage der Union von Birma, alle anderen ethnischen Gruppen sahen darin jedoch das Versprechen von Gleichberechtigung, das jedoch von den Nachfolgern Aung Sans verraten wurde. Die Folge davon sind die bis heute andauernden Konflikte.

Hingegen blieb vom Abkommen die Beschwörung des «Geistes von Panglong» übrig, dessen Wiederbelebung nach der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Partei von Aung Sans Tochter Ende März 2016 versucht wurde. Vom 31. August bis zum 4. September 2016 fand die erste Sitzung der «Panglong-Konferenz des 21. Jahrhunderts» statt, an der 700 Personen teilnahmen. Auch Vertreter fast aller Rebellengruppen waren dabei. Weitere Treffen folgten, an denen die Prinzipien für eine zukünftige Union festgelegt werden sollten. Dabei wurden zwar Fortschritte erzielt, aber keine Einigung in den zentralen Fragen wie dem Recht auf Sezession. Das gegenseitige Misstrauen blieb.

Der Präsident Myanmars sprach in seiner Rede zum 72. Jahrestag des Abkommens die Hoffnung aus, dass der «Traum aller ethnischen Gruppen wahr werden würde». Dass das geschieht, ist unwahrscheinlich. Nach dem Tod des jungen Vaters der zukünftigen Nation wurde Birma gewissermassen als Waisenkind unabhängig. Auch Aung San Suu Kyi, von ihren birmanischen Anhängern als «Mutter» verehrt, kann den verlorenen Geist von Panglong bisher nicht in politische Realität umwandeln. Ob das ihrem Vater hätte gelingen können, ist eine nicht zu beantwortende Frage.

«Religion» als Konfliktverstärker

Als Grossbritannien Birma am 4. Januar 1948 in die Unabhängigkeit entliess, wies das Land keinerlei Merkmale einer Nation auf. Es gab keine gemeinsame Sprache, Kultur und Geschichte und auch keine einheitliche Verwaltung. Grossbri-



tannien hatte im birmanischen Kernland politische Reformen eingeführt, den «Bergvölkern» aber die traditionellen Herrschaftsformen gelassen, die etwa im Schan- und Kayah-Staat feudalistisch waren. Es gab nur ein gemeinsames Territorium, dessen Grenzen von der Kolonialmacht gezogen worden waren und durch die ethnische Gruppen auf beiden Seiten der Grenze – wie viele andere ehemalige Kolonien auch – zu Angehörigen verschiedener Staaten wurden.

Birma war nach dem Krieg, als es unabhängig wurde, ein zerstörtes Land. Zudem gab es jede Menge Konfliktstoff, u.a. die Frage nach der gerechten Verteilung der Ressourcen des Landes. Denn in den von ethnischen Minderheiten bewohnten Bergen lagen viele Bodenschätze. Es stellte sich aber auch die Frage, wie die Armee zu organisieren war. Die birmanische Unabhängigkeitsarmee war rein birmanisch gewesen und hatte lange gegen eine «Birma-Armee» unter britischer Führung gekämpft, in der es

Fortsetzung Seite 24



Fortsetzung von Seite 23

zahlreiche Soldaten aus den ethnischen Minderheiten gab. Ebenfalls unbeantwortet war die Frage, welche Staatsform das Land ein sollte.

Unvereinbarkeit der Religionen?

Und schliesslich ging es um die Rolle der Religionen und der mit ihnen verbundenen Kulturen. Fast 90 Prozent der Bevölkerung waren Buddhisten, davon viele wie die Schan im Osten, Rakhine (Arakanesen) im Westen und Mon im Süden Minderheiten mit einer eigenen Geschichte. Schon 1929 hatte ein christlicher Karen-Politiker die Unvereinbarkeit der Kulturen der birmesischen Bevölkerung und jener seiner eigenen Ethnie behauptet und vorgeschlagen, das Land nach dem Vorbild des schweizerischen Kantonssystems zu verwalten.

Aung San seinerseits war ein säkularer Pragmatiker gewesen, dessen Grundüberzeugungen von sozialistischem Gedankengut geprägt waren. Politik und Religion mussten seiner Meinung nach strikt getrennt werden. Hier nun gab es ein Problem. Birma war bis 1885 ein buddhistisches Königreich gewesen. Herrschaft war buddhistisch legitimiert, der König war weltlicher Förderer und Kontrolleur der Religion gewesen. Dieses System kollabierte, als Grossbritannien den letzten König nach Indien ins Exil schickte. Es entstand ein Legitimationsvakuum, das – bis heute – dank der Beteiligung von «politischen Mönchen» am Kampf um die Unabhängigkeit zu füllen versucht wurde.

Buddhismus wird Staatsreligion

Aung San war säkular, seine Anhänger waren es nicht. Sie sahen in ihm einen neuen König, der das Land wieder einte. Sein Weggefährte und Nachfolger Nu war traditioneller Buddhist und nutzte die Religion für seine Politik. 1960 versprach er, im Falle eines Wahlsieges den Buddhismus zur Staatsreligion zu machen. Kurz danach setzten die im Norden des Landes lebenden Kachin unter christlicher Führung den militärischen Kampf gegen die Zentralregierung fort, den christliche Karen-Rebellen schon 1949 begonnen hatten. Heute lautet die inoffizielle Nationalhymne der nach Unabhängigkeit strebenden Kachin «Jehowa Gott ist unser Sieg».

Die religiösen Spannungen zwischen Christen und Buddhisten gehen wie die zwischen Muslimen und Buddhisten

auf die Kolonialzeit zurück. Die ersten anti-muslimischen Pogrome gab es im Jahr 1938. Die Ursachen waren wirtschaftlicher Natur, Religion wirkte als Brandbeschleuniger. Heute sind sich alle Gruppierungen des Landes darin einig, dass die an der Grenze zu Bangladesch lebenden Rohingya nicht zu den indigenen Völkern des Landes gehören.

Fazit

Wie schon das Birma von 1947 hat auch das Myanmar von 2019 nur eine negative nationale Identität. Damals einte die Gegnerschaft gegen die Kolonialherren, heute ist es die Ablehnung der Rohingyas aus dem indischen Subkontinent und deren Unterstützer in aller Welt. Es gibt leider viele Gründe, dass der Kampf in den Köpfen ebenso weitergehen wird wie jener, der mit Waffen ausgetragen wird.

